

Die Schulpolitik im Dritten Reich

Die katholische Bekenntnisschule im Bistum Hildesheim von 1933 bis 1948

Jörg Asche

Einleitung

Die Schulpolitik hat schon in der Zeit der Weimarer Republik einige Veränderungen hinnehmen müssen, aber in der Zeit des Dritten Reiches wurde eine tiefgreifende Umstrukturierung vorgenommen. Das gesamte Schulwesen geriet nach der Machtergreifung Hitlers zunehmend in den Bann von ideologischen Einflüssen. Konflikte mit anderen Institutionen, vor allem mit kirchlichen waren unvermeidbar, denn für sie war das Schulwesen auch ein wichtiger Bestandteil ihrer Arbeit. Bis 1919 war es vorgesehen, dass alle Schüler/innen auf ihre jeweilige Bekenntnisschule gehen und von Lehrkräften ihrer Konfession unterrichtet werden. Die Verfassung von Weimar sah nach 1919 vor, dass für alle Schüler/innen eine gemeinsame Grundschule vorgesehen ist. Da die Verabschiedung des Reichsschulgesetzes scheiterte, blieb die Bekenntnisschule von 1919-1933 die vorherrschende Schulform.

Mit dem Beginn des Nationalsozialismus kollidierten die Glaubensgemeinschaften mit den schulorganisatorischen Vorgaben des Nazi – Regimes. In Hildesheim kristallisierte sich Joseph Godehard Machens als ein kompromissloser Verteidiger der konfessionellen Erziehung der katholischen Kirche heraus.

Nach 1945 wurde das Schulwesen erneut grundlegend verändert. Die nationalsozialistischen Wertvorstellungen wurden abgeschafft. Unterrichtsfächer wie Rassenkunde oder Familien – und Volkshygiene wurden vom Stundenplan gestrichen.

Die schulpolitischen Auseinandersetzungen zwischen Kirche und Staat im Bistum Hildesheim 1933-1937

Erste Versuche des Staates, in das konfessionelle Erziehungswesen einzugreifen

Die Absicht der herrschenden nationalsozialistischen Regierung bestand darin, die gesellschaftliche Rolle der Kirche auf die Seelsorge zu reduzieren. Das dazugehörige Schlagwort, welches die Regierung benutzte war „Entkonfessionalisierung des öffentlichen Lebens“. In den ersten Jahren der Herrschaft von den Nazis galten die ersten staatlichen Offensiven gegen das Vereins – und Verbandswesen. Aber auch der pädagogische Bereich blieb von Antikirchlichen Initiativen nicht verschont.

Verschiedenste Kardinäle, darunter Kardinal Bertram, versuchten Eingriffe in das Bildungssystem zu verhindern. Den Fokus der Veränderungen bildete erst einmal das Ändern von Stundenplänen an Gymnasien, darunter fielen dann auch die Sprachen Latein und Griechisch. Für die Kirche sind diese Sprachen enorm wichtig, da sie für die Kirche „Kern und Stern aller humanistischen Bildung“, sowie „ Bindeglied, die die unvergängliche Aufgabe zu erfüllen haben, Mittler zu sein zwischen dem antiken Kulturerbe und unserem Volkstum“. Um die Sprachen und andere Gewohnheiten im Bildungssystem zu verankern, versuchte Kardinal Bertram kirchliche und staatliche Interessen zu verbinden.

Staatliche Versuche Einflüsse auf die Unterrichtsinhalte zu nehmen, beschränkten sich 1933/1934 nur auf die unteren Verwaltungsbehörden.

Die Aufhebung einklassiger Bekenntnisschulen ab 1935

Trotz Absprachen mit der Kirche, versuchten die Nationalsozialisten ihre Ideologie in das Bildungswesen zu integrieren. Die regierenden Kardinäle versuchten mit Schmeicheleien das NS – Regime auf ihre Seite zu bringen. Ein Auszug aus einer Rede von Joseph Godehard : „[...] Liebe und Treue zu Volk, Vaterland und Kirche [...]“. Zu diesem Zeitpunkt waren schon zahlreiche Antikirchliche Maßnahmen zu verzeichnen gewesen.

Des Weiteren führte die Kirche das Argument auf, dass katholische Bekenntnisschulen im Raum Hildesheim dünn gesät sind und deshalb besonders geschützt werden müssen um weiterhin am katholischen Glauben im Raum Hildesheim festhalten zu können.

Trotz partieller kirchlicher Anpassung wird der Erziehungsbereich zunehmend staatlich ausgestaltet

Hinzu kam, dass die Pfarrer die Religionsstunden herabsetzen mussten und dazu einen Bericht schreiben sollten. Außerdem wurde den Geistlichen vorgegeben, sämtliche wichtige Ereignisse „im Gemeindeleben, in Kirche, Schule und Verein“ darzustellen.

Eine weitere Maßnahme der Regierung beinhaltete, dass sie den Einfluss der Kirche auf Erziehungseinrichtungen beschränkten. Sie stellten den Kindern frei am traditionellen Schulgottesdienst teilzunehmen. Auf diese Weise sollte die religiös bestimmte Erziehung ihre Wirksamkeit verlieren. Als Ersatz bot die Regierung am 20. April und 1. Mai weltanschaulich geprägte Feiern an.

Das unaufhaltsame Ende des konfessionellen Schulsystems im Bistum Hildesheim

Die kirchliche Abstimmung vom 26. März 1939 als Reaktion auf die Einführung der Gemeinschaftsschule in Hildesheim zum 1. April 1939

Das unaufhaltsame Ende des konfessionellen Schulsystems im Bistum Hildesheim begann mit dem Schulbeginn im Jahr 1939. Zunächst genehmigte der Erziehungsminister die Aufhebung der konfessionellen Schulen in Hildesheim, danach wurde die Aufhebung von den Gemeinschaftsschulen beschlossen.

In der Hildesheimer allgemeinen Zeitung hieß es, dass die Kinder jetzt durch die Neugestaltung des Schulwesens kürzere Wege zu ihrer Schule haben und eine verbesserte Verteilung auf die Schulen möglich ist. Weiterhin hieß es, dass man die Kinder nun besser nach ihren Wohnbezirken einteilen kann, weil die Rücksichten auf ihre Konfession wegfallen.

Um die grundsätzlichen Veränderungen im Schulsystem für die Bevölkerung nachvollziehbar zu machen, schob man pragmatische Gesichtspunkte hervor um von den ideologischen Prinzipien der Nationalsozialisten abzulenken. Dieses Vorhaben wurde von der Presse unterstützt und gefördert.

Lehrer, die sich nicht an die Vorgaben des nationalsozialistischen Schulsystems hielten, mussten mit staatlichen Konsequenzen rechnen, da die Nationalsozialisten die Pädagogen als Erzieher der neuen deutschen Jugend angesehen haben.

Die anhaltenden Bemühungen des Hildesheimer Bischofs, den kirchlichen Bereich zu schützen

Die Mobilisierung der Gläubigen durch den Hildesheimer Bischof Joseph Godehard blieb ohne Erfolg. Trotzdem hielt er an seiner Aufgabe fest und engagierte sich weiterhin für die kirchlichen Bereiche im Schulsystem der Nationalsozialisten.

Das Engagement richtete sich vor allem an die rassistisch Verfolgten, sie wurden als „katholische Nichtarier“ bezeichnet. Neben Bischof Joseph Godehard setzten sich auch der Caritasverband und der Raphaelsverein für die Auswanderung dieser Personenkreise ein.

Die Wiedereinführung der Bekenntnisschulen in Hildesheim und Umgebung

Ab 1946 wieder Bekenntnisschulen im Landkreis Hildesheim

Die Frage die sich nun aufwirft ist die, ob man seine Kinder in eine Bekenntnisschule schickt oder in eine Simultanschule. Die 12- jährige Entfremdung vom Christentum verursacht eine wahrscheinliche Bevorzugung der christlichen Schule. In einer Bekenntnisschule, die unter dem Einfluss einer anderen Religion steht, das heißt evangelisch oder katholisch. Eine Simultanschule ist konfessionell neutral und man kann sich zwischen den Religionsunterrichten entscheiden.

Die detaillierten Resultate der Kreisverwaltung fielen sehr unterschiedlich aus. Ahrbergen, Hasede, Hönnersum und Söhre sprachen sich für die Bekenntnisschule aus. Diese Dörfer sind katholisch geprägt. Die Resultate aus evangelisch geprägten Dörfern wie zum Beispiel Bolzum und Heisede ging auf die Gemeinschaftsschule hinaus.

Die Gemeinschaftsschulen in Hildesheim bleiben zunächst bestehen

Die schulpolitische Nachkriegssituation in der Stadt Hildesheim stellte sich sehr schwierig dar. Vor der Zerstörung der Stadt wurden in 15 Volksschulen 7.200 Kinder unterrichtet. Von den insgesamt 29 Schulgebäuden in Hildesheim waren 1945 bis auf 4 Volksschulen alle Erziehungsanlagen zerstört. Trotz dieser katastrophalen Lage, konnten im Oktober 1945 alle Kinder eine Schule besuchen. Der damalige Stadtschulleiter Eickmeyer äußerte sich folgendermaßen dazu: „Wir sind damit, trotz des außerordentlichen hohen Grades der Zerstörung, eine der ersten Städte, denen die Aufnahme dieses Schulbetriebes gelang.“

Ein Vergleich zwischen dem Landkreis Hildesheim und der Stadt Hildesheim macht deutlich, dass insbesondere die Rahmenbedingungen die Wiedereinführung der Bekenntnisschulen beeinflussten. Im Landkreis Hildesheim, also auf den Dörfern, gab es klare Abstimmungsergebnisse und eine einheitliche konfessionelle Gliederung. Dadurch kam es kaum zu Komplikationen. In der Stadt Hildesheim kam es durchaus zu Komplikationen. Diese wurden durch die weitgehende Zerstörung der Schulgebäude und die bekenntnismäßige Vermischung der Bevölkerung verursacht. Hinzu kam die konfessionelle Schulgliederung.

Die Schulpolitik im Dritten Reich,
Die katholische Bekenntnisschule im Bistum Hildesheim von 1933 bis 1948
Agnes Lange-Stuke , 1989 Verlag August Lax Hildesheim
S. 1-14, 61-72, 114-145,232-242